



# Gemeinde Obersiggenthal

## Protokoll des Einwohnerrates

<b>Amtsperiode</b>	2010/2013
<b>17. Sitzung</b>	Donnerstag, 29. August 2013 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
<b>Vorsitz</b>	Bettina Lutz Güttler, Präsidentin
<b>Protokoll</b>	Romana Giandico-Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
<b>Stimmzähler</b>	Marion Möllerke Brigitte Schmid
<b>Anwesend</b>	40 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Anton Meier, Gemeindeschreiber
<b>Entschuldigt</b>	-/-
<b>Ende der Sitzung</b>	21.30 Uhr

<b>Behandelte Geschäfte</b>			<b>Seite</b>
1	2013/16	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	324
2	2013/17	Einbürgerungen	325
3	2013/18	Tarifordnung Tagesstrukturen	326
4	2013/19	Modernisierung Abwasserbeseitigungsanlagen; Planung Gesamtprojekt und dringliche vorgezogene Massnahmen	329
5	2013/20	Anstellungsbedingungen des Gemeindeammanns und Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates	331
6	2013/21	Neubau Familienanlage Trottenacker; Kreditantrag über 231'000 Franken	335
7	2010/32	Kreditabrechnungen Waldeggweg, Nussbaumen: Werkleitungssanierung Wasserversorgung und Kanalisation	339
	2008/114	Beitrag an die Erweiterung des Alterswohnzentrums Gässliacker in Nussbaumen	
	2011/24	Hallen- und Gartenbad; fünfte Sanierungsetappe; Beckenauskleidung	
8	2013/22	Umfrage	339

**Bettina Lutz Güttler, Präsidentin:** Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Petra Schärer wird später eintreffen.

Es sind somit zu Beginn der Sitzung 38 in Pflicht genommene Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 20.

## **1      2013.16      Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll**

**Bettina Lutz Güttler:** Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 8. Juli 2013 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 23. Mai 2013 in Rechtskraft erwachsen: Rechnung 2012; Rechenschaftsbericht 2012; Kredit von CHF 125'000 für die Neugestaltung Sauna im Hallen- und Gartenbad; Kredit von CHF 50'000 für die Projektierung der Sanierung der Werkleitungen an der Hertensteinstrasse.

Es sind zwei weitere Einwohnerräte eingetroffen, damit sind 40 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 21.

Zu den **Mitteilungen:** **Bettina Lutz Güttler:** Das Wort wird Max Läng gegeben.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Ich möchte Ihnen die Traktandenliste der nächsten zwei Sitzungen bekannt geben.

Am 17. Oktober 2013 ist das einzige Traktandum die Teilzonenplanrevision. Die Informationsveranstaltung für die Einwohnerräte findet am 16. September 2013 statt.

An der Sitzung vom 24. Oktober 2013 sind folgende Traktanden vorgesehen:

- Budget 2014
- Nachtragskredit Goldiland
- Projektierungskredit innere Entwicklung Gemeindehaus

Da der Einwohnerrat gewünscht hat, dass an der Budget-Sitzung möglichst keine anderen Traktanden aufgenommen werden, ist es auch möglich, dass der Projektierungskredit innere Entwicklung Gemeindehaus erst an der Dezember-Sitzung traktandiert wird. Es wird aber auch dort einen kleinen Konflikt geben, da an dieser Sitzung die Verabschiedungen stattfinden und dadurch auch dort nicht zu viele Traktanden behandelt werden sollten.

**Hansruedi Hess, Vizeammann:** Ich habe die undankbare Aufgabe, Sie über den zusätzlichen Planungskredit Goldiland zu informieren, der an der Oktobersitzung traktandiert wird. Im Juli 2012 wurde der Wettbewerbskredit von CHF 150'000 und ein Planungskredit von CHF 240'000 für die Planung und Projektierung der der Tagesstrukturen zusammen mit der Kindertagesstätte im Goldiland bewilligt. Der Wettbewerb wurde durchgeführt und die günstigste Eingabe wurde berücksichtigt. Wir hatten bei der Genehmigung des Planungskredites eine Kostenschätzung vorliegen welche auf Studien basierte. Aufgrund der Nutzfläche konnten die Kubikmeter ausgerechnet werden, welche notwendig sind. Als übliche Vergleichszahl wurden die Baukosten je Kubikmeter berechnet. Es wurde dasjenige ausgewählt, dass bei allen Berechnungen das günstigste war. Wenn das Siegerprojekt jetzt berechnet wird, kommen wir auf einen Betrag von CHF 7.03 Mio. Mit diesen Kosten werden die Tagesstrukturen und die Kindertagesstätte zusammen realisiert und zusätzlich hat der Gemeinderat entschieden, dass die Garderoben für den Sportplatz integriert werden. In der Sporthalle ist man bereits heute knapp mit den Garderoben. Es wäre ein Synergieeffekt, wenn die Garderoben gleichzeitig gebaut werden könnten. Wieso ist dies nun so viel teurer? Ich habe am Anfang gesagt, ursprünglich wurde nach Nutzfläche gerechnet. Es gibt aber immer noch zusätzliche Gänge und Flächen, die notwendig sind. Ein weiterer Grund ist, dass ein Betrag von über CHF 300'000

für Reserven sowie die Garderoben vorgesehen sind. Reserven werden in einer Schätzung nicht berücksichtigt. Wenn man zum Vergleichen alles berücksichtigt hätte, wären es dann zumal schon Kosten von CHF 5.2 Mio. gewesen. Neu liegen wir bei CHF 7.03 Mio. Ein Einsparpotenzial kann nur erreicht werden, wenn man auf die Garderoben verzichtet. Der Gemeinderat vermutet, dass der Endbetrag leicht unter CHF 7 Mio. liegen wird, versprechen möchten wir aber nichts. Diese Zahlen sind ebenfalls wieder +/-25%. Aber sie sind so erhärtet, dass solche Differenzen nicht mehr auftreten sollten. Es muss damit gerechnet werden, dass die Kosten höher werden und dass für die Planung ein zusätzlicher Kredit beantragt werden muss. Der zusätzliche Planungskredit wird rund CHF 315'000 betragen, welcher an der Oktober-Sitzung beantragt wird.

**Franziska Grab, Gemeinderätin:** An der letzten Einwohnerratssitzung haben Sie einen Kredit für den Umbau der Sauna bewilligt. Wie Sie wissen, wird parallel zu den Abbrucharbeiten von der Sauna auch das Lüftungssystem des Hallenbades saniert. Nach Rücksprache mit den Fachverantwortlichen, hat sich beim Rückbau der Sauna gezeigt, dass die jetzige Zu- und Abluft der Sauna nicht mehr zumutbar ist. Gemäss der Lüftungsfirma gibt es für Saunas Mindestanforderungen, welche nicht erfüllt werden. Die Zu- und Abluftsysteme nach dem heutigen Standard würden Mehrkosten von CHF 17'300 ergeben. Zusätzlich wurde nicht geplant, den Holzrost an der Decke zu entfernen. Da das Zu- und Abluftsystem aber geändert wird, musste auch der Holzrost entfernt werden. Dabei wurde festgestellt, dass dieser marode ist und ebenfalls ersetzt werden muss. Auch dort ergeben sich nochmals Mehrkosten von CHF 20'000. Während der Planung des Umbaus ist man davon ausgegangen, dass dieses Projekt durch den Betriebsleiter und durch ein Vorstandsmitglied betreut werden kann. Nachdem beim Rückbau immer mehr Überraschungen zum Vorschein kamen, ist es dringend nötig geworden, einen Bauleiter zu beauftragen. Somit entstehen auch dort Mehrkosten von CHF 27'000. Der Gemeinderat hatte während den Sommerferien einen Baustopp veranlasst und hat nach Prüfung aller Faktoren entschieden, den Umbau fortzusetzen. Das heisst für den Kredit, dass dieser um CHF 72'000 überschritten wird. Der Saunaumbau wird anstatt CHF 125'000 neu CHF 197'000 kosten. Es müssen zuerst Submissionen durchgeführt werden und dadurch verzögert sich die Neueröffnung der Sauna auf Ende Jahr.

Erfreulich hingegen ist der Umbau des Hallenbades. Dieser läuft planmässig und voraussichtlich sollte das Hallenbad am 28. September 2013 eröffnet werden.

Zu den **Eingängen:** Es sind keine Neueingänge zu verzeichnen.

Zum **Protokoll:** Es sind keine Änderungsanträge zum Protokoll der Sitzung vom 23. Mai 2013 eingegangen.

## 2      2013.17      Einbürgerungen

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin:** Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates, dass das Gesuch von Mahamdi Abdel mit den Kindern Mahamdi Hudafia, Mahamdi Katada, Mahamdi Baraka und Mahamdi Abrar, zurückgezogen werden darf. Wir möchten das Gesuch absetzen lassen, weil die Kinder der Familie Mahamdi nach den Schulferien wieder nicht pünktlich am Schulunterricht teilnahmen. Die Einbürgerungskommission erhält den Auftrag mit dieser Familie nochmals ein Gespräch zu suchen. Es soll festgestellt werden, was los gewesen ist und ob das Gesuch weiterverfolgt werden kann. Ich bitte Sie, dieses Einbürgerungsgesuch aus dem Antrag zu streichen.

**Ursula Haag:** Ich möchte zu den Einbürgerungen eine Fraktionserklärung abgeben. Leider haben die neuen Auflagen vom Datenschutz dazu geführt, dass die Dossiers in der Aktenauf-

lage keine wesentlichen Informationen mehr enthalten. Aus diesen Gründen sind wir nicht in der Lage kompetent zu den Einbürgerungen Stellung zu nehmen und uns eine Meinung zu bilden. Wir werden somit in Zukunft auf eine geheime Abstimmung verzichten. Unsere Fraktion wird sich in Zukunft bei den Einbürgerungen der Stimme enthalten, wobei jedes Mitglied der SVP-Fraktion frei ist, so zu stimmen, wie er oder sie es für richtig hält.

—  
Keine weiteren Wortmeldungen.  
—

**Bettina Lutz Güttler:** Die Abstimmung wird einzeln vorgenommen. Die anwesenden Bewerber bitte ich, vor die Türe zu gehen. Sie werden anschliessend wieder hereingeholt.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass Ihnen das Einwohnerbürgerrecht zugesichert wurde. Ich gratuliere Ihnen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

### **3      2013.18      Tarifordnung Tagesstrukturen**

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** Bei der Vorlage Tagesstrukturen geht es einerseits um die Kompetenzverschiebung und andererseits möchten wir aufzeigen, wie man zu diesen Tarifen kommt.

Zur Kompetenzverschiebung: Wenn man von Familienbetreuung spricht, muss man den Vorschul- und den Schulbereich unterscheiden. Im Vorschulbereich hatten wir im Jahr 2006 das Elternbeitragsreglement und die Verordnung, welche in der Kompetenz des Einwohnerrates lag. Im Jahr 2009 wurde zusammen mit der Überarbeitung des Gemeindevertrages mit den Gemeinden Baden, Wettingen und Ennetbaden eine erste Kompetenzverschiebung gemacht. Das Elternbeitragsreglement blieb beim Einwohnerrat, die Kompetenz für die Verordnung lag neu beim Gemeinderat. Im Jahr 2012 zusammen mit der Strategie Vorschulbetreuung hatte der Einwohnerrat zugestimmt, dass die Kompetenzen des Elternbeitragsreglements ebenfalls zum Gemeinderat wechseln sollen. Die vier Gemeinden haben sich entschieden, dass der gleiche Minimal- und Maximalbeitragssatz und der gleiche Abschöpfungssatz gelten sollten. Beim Schulbereich könnte man dies wieder gleich machen wie beim Vorschulbereich. Dies macht aber wenig Sinn. Es wird dem Rat deshalb vorgeschlagen, dass das Reglement sowie die Verordnung in die Kompetenz des Gemeinderates übergehen sollen. Aus diesem Grund wurde die vorliegende Tarifordnung erstellt. Es ist ein sinnvolles Dokument, welches alle Angebote erfasst und es schneller und flexibler in der Anpassung ist. Wenn z. B. im Vorschulbereich die Kinderermässigung gestrichen würde (Kompetenz Gemeinderat) und im Schulbereich nicht (Kompetenz Einwohnerrat), dann wäre dies für die Betroffenen kaum nachvollziehbar. Eltern, welche Kinder im Vorschul- und Schulbereich haben, hätten verschiedene Abrechnungen. Eine Änderung des Schulbereichs müsste von der Einwohnerratssitzung beschlossen werden. Dies wäre mit zeitlichen Verzögerungen verbunden. Für den Betrieb ist es sinnvoller, wenn die Tarife schnell angepasst werden könnten. Es wäre der gleiche Verein für die Tagesstrukturen und die KITA und somit würde es für alle Beteiligten viel verständlicher, wenn von Anfang an, der gleiche Tarif angewendet werden kann.

Mit den Tarifen der KITA sind seit sechs Jahren gute Erfahrungen gesammelt worden. In dieser Zeit, in der ich zuständig war, wurde das Budget noch nie überschritten. Bei den Tagesstrukturen sind wir mit unseren Erfahrungen noch nicht so weit. Aber wir können auf den Betreiber

und die umliegenden Gemeinden zurückgreifen, welche mit den gleichen Modellen arbeiten.

Der Einwohnerrat hat über das Budget nach wie vor die Kontrolle über die Kosten und hat dort die Möglichkeit, entsprechend Einfluss zu nehmen.

Wie sind wir zu diesen Kosten gekommen? Wir haben ein Tarifblatt entwickelt, darin wurden die Vollkosten mit den effektiven Zahlen berechnet; die Situation mit dem Mittagstisch, wo unterschiedliche Preise verrechnet wurden; die Aufgabe des Standortes der Kath. Kirche und entsprechend die Randstundenabdeckung. Es gab eine Budgetvorgabe, in welcher die Gemeinde 56% und die Eltern 44% der Kosten der Beiträge übernehmen mussten. Unsere Tarife wurden mit den umliegenden Gemeinden verglichen. Es wurde auch über einen marktüblichen Preis diskutiert, welcher für den Mittelstand zahlbar ist. Es wurde festgestellt, dass die Tagesstrukturen vor allem vom Mittelstand genutzt wird.

Anhand von Folien zeigt Therese Schneider den Vergleich mit den umliegenden Gemeinden auf. Obersiggenthal liegt im Vergleich beim Minimaltarif sowie beim Maximalbetrag ebenfalls höher als die umliegenden Gemeinden.

Die Auslastung im August beträgt momentan 60%. Im Budget ist man von 70% ausgegangen. Die Gemeinde zahlt 38% und die Eltern 62%. Im Budget war es noch umgekehrt aufgelistet. Für die Gemeinde wird es mit der Finanzierung nochmals markant besser werden. Die Randstundenbetreuung wird nur ab einer Zahl von fünf Kindern durchgeführt. Dies ist nur am Freitag der Fall. Dadurch werden auch hier die Kosten tiefer ausfallen als in der Vorlage erwähnt.

**Christa Ochsner:** Die CVP-Fraktion ist mehrheitlich der Meinung, dass die Festlegung der Tarifordnung der Tagesstrukturen an die Exekutive übergehen sollte. Der Gemeinderat kann dann auf notwendige Anpassungen reagieren. Es macht auch Sinn, dass beide Tarifordnungen Kindertagesstätte und Tagesstruktur vom gleichen Gremium gemacht werden. Für Eltern, die Kinder bei beiden Orten betreuen lassen, ist es ebenfalls einfacher, wenn eine einheitliche Tarifordnung besteht. Der Gemeinderat prüft auch die Qualität dieser Institutionen. Der Einwohnerrat hat dann immer noch die Möglichkeit, Anpassungen über das Budget vorzunehmen. Es ist erfreulich, dass die Tagesstrukturen bereits zu 60% ausgelastet sind. Sie hatten einen sehr guten Start. Der Umbau am Kirchweg ist gut gelungen, es ist in diesem alten Haus freundlich geworden. In unserer Gesellschaft gibt es immer mehr alleinerziehende Eltern und durch die Tagesstrukturen haben diese die Möglichkeit zu arbeiten. Es ist immer wichtiger, dass die Familien die Freiheit haben, ihr Familienmodell selber zu gestalten.

**Marcel Müller:** Die SVP-Fraktion lehnt den Antrag 1 des Gemeinderates zur Kompetenzverschiebung zur Festlegung der Tarifordnung für die Tagesstrukturen ab. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Entscheidung der Tarifgestaltung vorderhand beim Einwohnerrat bleiben soll, bis klare Zahlen aus den definitiven Tagesstrukturen vorliegen. Wenn dem Antrag der SVP-Fraktion zur Ablehnung der Kompetenzverschiebung stattgegeben würde, dann müsste über den gemeinderätlichen Antrag 2 abgestimmt werden. Eine reine Kenntnisnahme wäre dann nicht mehr möglich. Dies ist eine Empfehlung und kein Antrag.

**Christoph Villiger:** Wir haben die Tagesstrukturen in Obersiggenthal konsequent unterstützt. Im Rahmen der familienergänzenden Vorschulbetreuung hat der Einwohnerrat für die Kompetenzverschiebung bereits zugestimmt. Die Ausweitung dieser Tarifordnung auf den Schulbetrieb und somit auf die Tagesstrukturen ist aus Sicht der FDP sinnvoll und ist ein nachvollziehbarer Schritt. Ebenfalls wird die Komplexität reduziert und gleichzeitig die Flexibilität erhöht. Die Einflussnahme des Einwohnerrates auf die Kostenentwicklung der Tarifordnung ist durch das Budget gewährleistet. Aus diesen vorgenannten Gründen unterstützt die FDP-Fraktion die entsprechenden Anträge des Gemeinderates.

**Daniela Graubner:** Das Geschäft wurde in der EVP-Fraktion eingehend diskutiert. Die Fraktion möchte nochmals zum Ausdruck bringen, dass für Familien, wo beide Elternteile arbeiten sehr

viel Geld investiert und ausgegeben wird. Unserer Ansicht nach ist es immer noch das Beste, wenn die Kinder im Vorschulbereich durch die Eltern betreut werden. Ungerechterweise bekommen die Eltern dafür auch keinen finanziellen Anreiz. Wir bedauern dies sehr und sind überzeugt, dass es die wertvollste Investition für die Zukunft der Kinder ist, wenn sie im Familienumfeld betreut werden. Es ist uns aber bewusst, dass viele Alleinerziehende nicht auf ein Familienumfeld zurückgreifen können oder auf ein Zweiteinkommen angewiesen sind. In diesem Sinn stimmen wir dem Antrag 2 von der Tarifordnung zu.

**Marion Möllerke:** Die Fraktion SP/Grünen unterstützt die beiden Anträge des Gemeinderates. Es wurde zu diesem Vorgehen A gesagt, daher sollte jetzt auch B gesagt werden. Es wäre schön, wenn der Gemeinderat den Einwohnerrat in ca. zwei Jahren über die Zahlen informieren würde, wie es mit der Verteilung der Kosten aussieht. Weiter würde der Rat sicher auch interessieren, wie die Familien nach Einkommensverhältnissen aufgeteilt sind.

**Patrick Hehli:** Es ist nicht so, dass wir kein Vertrauen in den Gemeinderat haben, aber wir haben heute bereits gehört, dass die Berechnungen nicht immer aufgehen und die Summen in einem anderen Zusammenhang stark steigen können. Ich möchte daran zurückerinnern, dass beim Start der Krippenpoolgeschichte die Kosten jedes Jahr gestiegen sind. Wir haben nicht gesagt, dass wir diese Kompetenzverschiebung nie an den Gemeinderat delegieren möchten. Für uns ist es aber nachwievor einfach zu früh. Wir sind jetzt in einem Tagesstrukturprovisorium. Wir würden es begrüßen, wenn zuerst das Goldiland anlaufen würde. Für uns ist es noch zu wagen, was das Ganze für Kosten verursacht, sollten noch Auflagen an Ausbildungen der Mitarbeiter gemacht werden. Es ist noch nicht ersichtlich, was für Kosten nach der definitiven Einführung anfallen werden. Die Einflussnahme über das Budget, ist nur bedingt möglich. Ich bitte die Ratskollegen sich nochmals zu überlegen, ob die Kompetenzen nicht noch ein bis zwei Jahre beim Einwohnerrat bleiben sollten.

**Josef Sieber:** Mir ist die Gemeindeordnung in die Finger gekommen. Im §41 Abs. 17 steht: „Erlasse und Änderungen von Reglementen, soweit darin nicht Gebühren und Beiträge festgelegt werden und soweit sie nicht der Gesamtheit der Stimmberechtigten oder dem Einwohnerrat vorbehalten sind“ obliegen dem Gemeinderat. Das Tarifblatt ist doch aber klar eine Gebühr. Es ist gar nicht zulässig, dass der Gemeinderat diesen Tarif festlegt.

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** Wenn der Einwohnerrat dem Gemeinderat die Kompetenz erteilt, dann darf der Gemeinderat die Tarife festlegen. Dies wurde bereits abgeklärt, als der Vorschulbereich in die Kompetenz des Gemeinderates übergegangen ist. Jetzt würde die Kompetenzverschiebung im Schulbereich noch gemacht.

Im Vorschulbereich gibt es ein Jahresbericht, der vom Einwohnerrat eingesehen werden kann. Bei den Tagesstrukturen ist dies ebenfalls vorgesehen.

**Patrick Hehli:** Im Vorschulbereich macht dies in meinen Augen auch Sinn, weil man sich mit anderen Gemeinden zusammengeschlossen hat. Im Schulbereich sind wir momentan aber noch nicht in einem Verband und können somit selber die Tarife bestimmen. Somit könnte die Kompetenz vorübergehend beim Einwohnerrat bleiben. Wenn es im Vorschulbereich zuerst über den Einwohnerrat gehen muss, dann verzögert sich dies. Im Schulbereich sind wir nicht zusammengeschlossen und können deshalb noch selber bestimmen.

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** Da hast Du recht, es ist tatsächlich so. Es ist aber von der Flexibilität her nicht sinnvoll, wenn die Kompetenzen bei verschiedenen Behörden liegen. Wenn die Kompetenzen beim Gemeinderat liegen, dann kann innert relativ kurzer Frist das Reglement oder die Tarifordnung angepasst werden. Wenn die Kompetenz beim Einwohnerrat ist, vergehen mindestens sechs Monate, bis die Verträge geändert werden könnten. Die ganze Geschichte ist sonst schon sehr kompliziert und der Gemeinderat wählte das Einfachere für die Eltern.

Keine weiteren Wortmeldungen.

### Abstimmungen

1. **Der Einwohnerrat stimmt der Kompetenzverschiebung zur Festlegung der Tarifordnung für die Tagesstrukturen in Obersiggenthal von der Legislative zur Exekutive zu und erteilt dem Gemeinderat die Legitimation, die Tarifordnung in Kraft zu setzen. Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.**
2. **Der Einwohnerrat nimmt die Tarifordnung für den Vor- und Schulbereich zustimmend zur Kenntnis. Der Einwohnerrat kann im Rahmen des Budgets die Kostenentwicklung (Minimalansatz und Abschöpfungsgrad) steuern. Über den Antrag 2 wird nicht abgestimmt, da der Antrag 1 angenommen wurde.**

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

### 4      2013.19      **Modernisierung Abwasserbeseitigungsanlagen; Planung Gesamtprojekt und dringliche vorgezogene Massnahmen**

Eintreten wird nicht bestritten.

**Franziska Grab, Gemeinderätin:** Obwohl es sich um einen Projektierungskredit handelt, möchte ich noch Ausführungen und Ergänzungen machen.

Anhand von Folien zeigt Franziska Grab das Abwassersystem der Gemeinde Obersiggenthal auf. Es besteht aus dem Entwässerungsgebiet Kirchdorf, Nussbaumen West, Nussbaumen Zentrum, Nussbaumen Ost und Rieden. Im Entwässerungsgebiet Kirchdorf besteht kein Handlungsbedarf, da alle gesetzlichen Bestimmungen erfüllt werden. Im Entwässerungsgebiet Nussbaumen West besteht ein Sanierungsbedarf, da die geltenden Bestimmungen nicht eingehalten werden. Das Schmutzwasser könnte bei starkem Regen in die Limmat gelangen. Im Entwässerungsgebiet Zentrum besteht ebenfalls Sanierungsbedarf. Das Pumpwerk ist schadhaft und muss ständig geflickt werden, daher drängt sich eine Sanierung auf. Das Regenbecken Talacker ist zu klein und muss aus diesem Grund umgebaut und saniert werden. Im Entwässerungsgebiet Ost und Rieden stehen Pumpwerke und Regenbecken, die ebenfalls sehr alt und sanierungsbedürftig sind. Das Regenbecken und Pumpwerk im Oederlin wird momentan noch nicht saniert, da noch ungewiss ist, ob der Standort dort bleibt. Wenn die Überbauung kommt, könnte dieser Standort verschoben werden. Die Steuerung wird aber bereits saniert, damit es angeschlossen werden kann.

Bei der Modernisierung planen wir eine Leitungsvergrösserung vom Trottenacker; der Neubau des Regenbeckens und des Pumpwerks Talacker sowie die Sanierung des Regenbeckens und Pumpwerkes Steg und Oederlin.

Die Ziele wären die Gewährleistung der Betriebssicherheit, Erfüllung aller gesetzlichen Vorgaben, weniger Reparaturen, Einhaltung der Richtlinien betreffend Arbeitssicherheit, einfachere Überwachung und höherer Reinigungsgrad des Abwassers.

Solange es nicht regnet, funktioniert das Abwassersystem sehr gut. Das Abwasser von Kirchdorf läuft in einer direkten Leitung in die ARA. Das Abwasser von Nussbaumen West fliesst zuerst mit Hilfe einer Pumpe in das Regenbecken Talacker von dort geht es mit einer Pumpe ins Regenbecken Steg, von wo es in die ARA geleitet wird. Auch das Abwasser von Rieden geht ins Pumpwerk Steg und von dort in die ARA.

Was geschieht bei Regenwetter? In Kirchdorf besteht eine 900m lange Röhre, sollte diese Röhre bei starkem Regen gefüllt sein, dann kommt der Überlauf zum Zug. Das Regenwasser, das zu 98% schon verdünnt ist, fliesst direkt in die Limmat und es besteht keine Gefahr von Gewässerverschmutzung. Bei Nussbaumen West ist diese Sicherheit nicht gegeben, darum ist es nötig, dass der Ablauf geschlossen und dafür eine grössere Leitung eingebaut wird, welche ins Regenbecken Talacker fliesst. Das Regenbecken Talacker wäre dann aber mit der Wassermenge überfordert und daher müsste dieses vergrössert und die altersbedingte Pumpe und Steuerung ersetzt werden. Wenn es stark regnet, kommt auch dort der Überlauf zum Einsatz, welcher direkt in die Limmat fliesst. Dort ist die Sicherheit gegeben, dass das Wasser genügend verdünnt ist und keine Gewässerverschmutzung entsteht. Im Regenbecken Steg ist diese Sicherheit bereits vorhanden, wenn der Überlauf zum Einsatz kommt.

Wie in der Vorlage bereits erwähnt, wird die Steuerung anschliessend von der ARA Laufäcker in Turgi überwacht. Der Abwasserverband kann somit steuern, wie schnell oder langsam das Wasser in die ARA fliesst. Der Baudienst wird weiterhin die wöchentliche Reinigung in den Anlagen durchführen. Der Gemeinderat hat dies so besprochen, dass auch die Mitarbeiter von Obersiggenthal bei einem Notfallszenario wissen, wo sich die Anlagen befinden und was gemacht werden muss.

In der Vorlage hat sich noch ein Fehler eingeschlichen. Die Sanierung Steg und Oederlin vom Pumpwerk und Regenbecken sind nicht enthalten. Daher würden sich die Gesamtkosten auf über CHF 2 Mio. belaufen. Der Gemeinderat möchte mit der ganzen Abwassersanierung eine Volksabstimmung durchführen und nicht nur mit einem Teil. Der Kredit wird sich auf ca. CHF 2.8 Mio. belaufen und es benötigt zwingend eine Abstimmung.

Ich wurde gefragt, wie unser Abwassersystem in den letzten 50 Jahren unterhalten und saniert wurde? Es wurde einfach nur das Minimum saniert. In den letzten 20 Jahren wurden rund CHF 200'000 investiert. Im Pumpwerk Steg mussten die Tauchpumpen ersetzt werden. Im Talacker wurde das Getriebe der Schneckenpumpe ersetzt. Zwischen dem Talacker und dem Steg wurde auch im Zusammenhang mit dem Bau des Kraftwerkes in der Limmat der Leitungsbau gemacht.

**Ferdinand Senn:** Auch die Abwasserbeseitigung soll zeitgemäss ausgebaut werden, gehört doch dies zu einer intakten und gesunden Wohnkultur der Gemeinde. Zu Beginn wurde darauf hingewiesen, dass seit 50 Jahren praktisch keine Sanierungen vorgenommen wurden. Auch wegen dem Gewässerschutzgesetz ist es Zeit zu handeln. Aus diesem Grund ist die Modernisierung der Abwasserbeseitigungsanlage als dringend notwendig voranzutreiben. Die Vorlage beinhaltet den entsprechenden Planungskredit, sowie die ersten vorgezogenen Massnahmen, da sich die Reparaturen im Steg immer mehr häufen. Die CVP-Fraktion heisst die Anträge des Gemeinderates einstimmig gut und empfiehlt, diese zu genehmigen.

**Michael Hodel:** Das Geschäft wurde in der SVP-Fraktion nur kurz diskutiert. Es ist offensichtlich, dass die Modernisierungen der Abwasserbeseitigungsanlagen notwendig sind und darum mit dieser Planung zügig vorwärts gemacht werden sollte. Auch der Ersatz der maroden Steuerung im Pumpwerk Steg wurde nicht in Frage gestellt. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

\_\_\_\_\_

Keine weiteren Wortmeldungen.

\_\_\_\_\_

### **Abstimmungen**

- 1. Für die Planung des Gesamtprojektes „Modernisierung Abwasserbeseitigungsanlagen“ sei ein Kredit von CHF 162'000 zu bewilligen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.**

**2. Für den dringend notwendigen Ersatz der Anlagensteuerung im Pumpwerk/Regenbecken Steg sei ein Kredit von CHF 76'000 zu bewilligen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.**

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

**Bettina Lutz Güttler:** Man sagt, dass es Zuschauer sind, aber Zuschauer sind auch Zuhörer, daher bitte ich, die Einwohnerräte und die Gemeinderäte lauter zu sprechen, damit alle gut verstanden werden.

**5      2013.20      Anstellungsbedingungen des Gemeindeammanns und Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates**

Eintreten wird nicht bestritten.

\_\_\_\_\_

**Max Läng, Gemeindeammann:** Ich habe Ihnen noch einen Nachtrag zur Entschädigung der Gemeinderatsmitglieder zu unterbreiten. Auf Seite 4 ist der aktuelle Lohn mit CHF 29'432 aufgeführt, diese Zahl stimmt. Die Sitzungsgelder in einzelnen Kommissionen und Arbeitsgruppen, die von Gemeinderat zu Gemeinderat unterschiedlich sind, sind in dieser Zahl jedoch nicht enthalten.

Und noch einige generelle Bemerkungen zu dieser Vorlage: Es ist für jede Organisation delikater den eigenen Lohn festzulegen. Denn objektive Kriterien gibt es nur begrenzt. Aus diesem Grund haben wir die Vorlage der Finanzkommission zukommen lassen, die einen Kürzungsantrag beim Gemeindeammann beschlossen hat. Nicht substantiell aber doch nicht unbedeutend. Der Gemeinderat hat im Sinne eines Kompromisses die Lohnsumme bedeutend reduziert, die Finanzkommission hat darauf nicht reagiert.

Ich vermute, dass sich immer Gemeinderäte und Gemeindeammänner finden lassen, die bereit sind ein Amt zu übernehmen mit einer noch geringeren Entschädigung, als es der Gemeinderat in dieser Vorlage vorschlägt. Ob dann allerdings die erforderlichen Qualifikationen noch stimmen ist eine andere, aber wichtige Frage.

Eine Gemeinde mit gegen 70 Mitarbeitenden zu führen - im August haben wir an 90 Personen Lohnzahlungen gemacht - und einem Umsatz von CHF 40 Mio. entspricht einem mittleren bis grösserem Gewerbebetrieb. Welchen Lohn verdienen Geschäftsleiter oder Inhaber derartig grosser Betriebe? Wo stehen andere Berufsgruppen wie beispielsweise Informatiker, Juristen, Inhaber von Planungsbüros. Bei Bankangestellten liegt der Durchschnittslohn, so habe ich gelesen, bei etwa CHF 240'000. Vergleiche sind zugegebener Massen schwierig. Ich habe verschiedene Gespräche mit interessierten Personen fürs Amt des Gemeindeammanns geführt. Wie ich erfahren habe verdienen alle, obwohl sie wesentlich jünger als ich sind, wesentlich mehr. Dies gibt einen Anhaltspunkt, dass unser Vorschlag nicht überrissen ist.

Stichwort Wertschätzung für das Amt des Gemeindeammanns: Welches Signal gibt der Einwohnerrat, wenn er die vom Gemeinderat vorgeschlagene Summe um CHF 6'500 reduzieren würde? Wie stellen sich potentielle Anwärter für die nächsten Amtsperioden auf die Haltung des Einwohnerrates ein? Ist es nachvollziehbar, wenn der zukünftige Gemeindeammann in Obersiggenthal im Vergleich zu Neuenhof, das finanziell in einer schwierigen Lage ist, rund CHF 18'500 weniger verdient?

Und noch eine letzte Bemerkung: Gemeinderäte und vor allem Gemeindeammänner stehen im Vergleich zu Führungspersonen in der Privatwirtschaft ständig im Scheinwerferlicht der Medien und der Bevölkerung. Sie können sich gar nichts leisten. Und die Risiken einer Abwahl

sind in den letzten Jahren grösser geworden. Ausserdem ist ein Gemeindeammann stark fremdbestimmt mit unzähligen Abendsitzungen.

Welches Kadermitglied in der Privatwirtschaft wird seinen besser bezahlten Job gegen ein Vollamt in der Behörde tauschen, wenn im Einwohnerrat um CHF 6'500 gestritten wird?

Ich bitte den Einwohnerrat diese Argumente zu berücksichtigen, wenn er nun zu Abänderungsanträgen Stellung nehmen wird.

**Peter Marten:** Ich weiss gar nicht ob ich Dir Max gleich eine Antwort darauf geben soll oder nicht. Du kannst versichert sein, dass ich als Mitglied in einer Kommission mir immer viele Gedanken mache, entsprechende Berechnungen anstelle und dann zur Beschlussfindung beitrage. Ich spreche nun als Vizepräsident der Finanzkommission Obersiggenthal. Wir haben an der Sitzung vom 25. Juli 2013 den Vorschlag des Gemeinderates besprochen. An dieser Sitzung haben als betroffene Personen Ursula Haag und Linus Egger nicht teilgenommen. Sie sind wegen Interessenkonflikt in den Ausstand getreten. Sie sind auch im Vor- und Nachfeld nicht in diese Diskussionen involviert gewesen. Selbstverständlich wurden sie über den Entscheid informiert. Aus Sicht der Finanzkommission ist es unbestritten, dass die Besoldung des Gemeindeammanns angepasst werden muss. Die Finanzkommission steht aber der ursprünglich beantragten Variante kritisch gegenüber. Eine Möglichkeit, die Höhe festzulegen, ist der Quervergleich mit anderen Gemeinden. Allerdings berücksichtigt ein solcher Vergleich nur teilweise die Individualität vom Amtsinhaber (Alter, Amtsdauer, usw.). Ein solcher Vergleich berücksichtigt die Komplexität der Aufgabenstellung nicht, diese ist von Gemeinde zu Gemeinde verschieden. Ein weiterer Ansatzpunkt war eine Studie, die UTA Treuhand über die Löhne von Gemeindeammännern und Gemeinderäten erstellt hat. Aber auch diese Studie konnte nur bedingt angewendet werden. Uns ist klar, dass es auch dort Zahlen gibt, welche das Bild verzerren. Das aktuelle Salär setzt sich zusammen aus, Grundsalar von CHF 157'000 plus der Lohnerhöhungen seit dem Amtsantritt. Die Lohnerhöhungen erfolgen im Ausmass der generellen und individuellen Lohnerhöhungen der Mitarbeiter in der Gemeindeverwaltung. Aus Sicht der Mehrheit der Finanzkommission soll bei der jetzigen Neufestlegung nur die Entwicklung des Landesindex für Konsumentenpreise berücksichtigt werden. Dieser ist im Zeitraum von 2001 bis 2013 um 7.3% gestiegen, wie es in der Vorlage geschrieben wurde. Dies entspricht einem neuen Grundsalar von CHF 168'500 für den Gemeindeammann. Gemäss bestehendem Reglement erhöht sich diese Summe automatisch jedes Jahr um die generellen und individuellen Lohnerhöhungen der Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung. Wird der Gemeindeammann nach vier Jahren wiedergewählt, dann werden die Löhne nicht neu festgelegt, sondern es ist eine Fortführung von dem, was er nach vier Jahren hat. Konsequenterweise stelle ich im Namen der Mehrheit der Finanzkommission folgenden Antrag:

Die Grundbesoldung für den Gemeindeammann beträgt jährlich brutto CHF 168'500.

Die Finanzkommission ist wohl in der Lage auf einen Antrag zurückzukommen. Der ursprüngliche Antrag vom Gemeinderat betreffend Entschädigungen der Gemeinderäte wurde als zu hoch angeschaut. Es wurde ein Antrag gestellt um diese Kosten auf CHF 125'000 zu reduzieren. Wir können mit dem Vorschlag des Gemeinderates von CHF 140'000 gut leben und werden dort keinen Antrag stellen. Der Arbeitsaufwand rechtfertigt diese Erhöhung.

**Willi Graf:** Die CVP-Fraktion hat dieses Geschäft eingehend diskutiert. Relativ schnell war die Entschädigung der Gemeinderäte klar und wir haben den Antrag des Gemeinderates gutgeheissen. Mehr Diskussionen gab es bei der Entschädigung des Gemeindeammanns. Es wurden verschiedene Vorschläge diskutiert und wieder verworfen. Schlussendlich hat die Mehrheit den Antrag des Gemeinderates gutgeheissen. Die CVP-Fraktion unterstützt aus diesem Grund beide Anträge des Gemeinderates.

**Theo Flückiger:** Unser Gemeinderat hat viele Kompetenzen, viele Aufgaben und hat daher eine grosse Verantwortung. Entsprechend ist das Anforderungsprofil auch gehalten. Man sucht kompetente Persönlichkeiten mit Führungserfahrungen, welche möglichst Kaderpositio-

nen besetzen. Ich persönlich bin in der Planungskommission und wir haben dort ein sehr grosses, umfangreiches Projekt behandelt. Wir sind eine beratende Kommission, die Entscheidungskompetenz liegt schlussendlich beim Gemeinderat. Dies ist in sehr vielen Bereichen so, daher ist es sehr wichtig, dass gute Personen im Gemeinderat vertreten sind. Wir haben aber auch die Haltung, dass der Gemeinderat ein Team ist, welches zusammenarbeiten muss. Der Gemeindeammann ist darin der primus inter pares. Ohne den Gemeinderat wird kein Entscheid gefällt, jeder in diesem Rat ist wichtig. Wir sind der Meinung, dass die Löhne der Gemeinderäte daher eher noch aufgewertet werden sollten. Wenn man schaut, wer heute im Gemeinderat ist, dann ist es fast nicht mehr möglich, ein normales Arbeitspensum zu leisten und gleichzeitig ein solches Mandat auszuführen. Leute die voll im Berufsleben stehen, halten dies nicht lange durch. Es ist häufiger so, dass die Gemeinderäte dies als Zweitverdiener in der Familie machen, wo sie nicht auf ein Salär angewiesen sind, oder sie sind nicht voll berufstätig. In diesem Sinn, ist das Gemeinderatsamt eher schlecht entlohnt, wenn nicht noch weitere Einnahmen erzielt werden. Wir stellen folgende Anträge:

Die Jahresbruttobesoldung des Gemeindeammanns wird nicht erhöht, sie bleibt bei CHF 157'000.

Die Gesamtlohnsumme des Gemeinderates wird auf CHF 158'000 erhöht. Als Sockelbeitrag sind CHF 120'000 vorgesehen.

**Stefan Semela:** Die FDP-Fraktion hat das Traktandum Entschädigung Gemeinderat auch kontrovers diskutiert. Der Antrag 2 Entschädigung der Gemeinderäte auf CHF 140'000 war von Anfang an unumstritten. Die zeitliche Belastung hat in der Vergangenheit zugenommen. Bezüglich des Antrages 1 Grundentschädigung des Gemeindeammanns, sind die Meinungen auseinander gegangen. Wir haben einen Mehrheitsbeschluss gefasst, welcher dem Antrag der Finanzkommission entspricht. Die Grundentschädigung des Gemeindeammanns soll nur um den Teuerungsausgleich auf den Betrag von CHF 168'500 erhöht werden.

**Patrick Hehli:** Natürlich hat auch die SVP-Fraktion die Vorlage diskutiert und behandelt. Wir haben auch Vergleiche mit anderen Gemeinden oder Kaderpositionen angeschaut. Zugegeben der Arbeitsanfall vom Gemeinderat ist intensiv und aufwändig und dies noch im Nebenamt. Ich habe mir sagen lassen, dass ein Gemeinderat zwischen 600 und 900 Stunden Zeit aufwendet, je nach Ressort. Unsere Fraktion war sich relativ schnell einig, dass der heutige Antrag 2 für die Gemeinderäte im Nebenamt gerechtfertigt ist und sicherlich die zukünftige Kandidatensuche nicht erschweren würde. Deshalb wird die Fraktion Antrag 2 Folge leisten und diesem zustimmen. Zu grossen Diskussionen hat allerdings der Antrag 1 gegeben. Wir sind uns sicher, dass auch der Gemeindeammann einen grossen Aufwand betreiben muss. Wie Sie sich aber sicher erinnern können, hat die SVP-Fraktion vor nicht zu langer Zeit einen Antrag gestellt das Pensum beim Gemeindeammann auf 80% zu reduzieren. Leider hat der Einwohnerrat bei dieser Abstimmung dies nicht angenommen. Tatsache, dass es möglich ist, sich als Gemeindeammann im Grossen Rat zu betätigen, stimmt uns nach wie vor nachdenklich und lässt uns über eine volle Auslastung rätseln. Deshalb erachten wir den Vorschlag des Gemeinderates als zu hoch. Auch wir sind auf einen Teuerungsausgleich von 7.3% gekommen und werden daher dem Antrag der Finanzkommission Folge leisten. Es kommt beim Steuerzahler nicht gut an, wenn eine zu hohe Entschädigung für den Gemeindeammann angenommen wird. Wir sind der Meinung, dass sich die aktuelle Finanzlage in der Gemeinde sich in der neuen Legislatur sicher verschlechtern wird, wenn alles das aufgeschoben wurde umgesetzt werden muss. Wir sind uns in der Fraktion einig, dass eine Steuerfusserhöhung in den nächsten Jahren ein Thema wird. Daher bitten wir Sie, dem Antrag der Finanzkommission Folge zu leisten und das Salär des Gemeindeammanns auf CHF 168'500 festzulegen.

**Erich Schmid:** Ich möchte nochmals für den Antrag des Gemeinderates plädieren. Die CHF 175'000 ist für einige viel Geld. Wer eine Kaderposition besetzt, ist dieser Betrag nicht zu hoch. Max Läng hat Vergleiche mit Versicherungen und Banken gemacht. Es ist nicht einfach Kandidaten zu finden, die im Fokus der Öffentlichkeit stehen, welche am Samstagmorgen im Coop auf ein Problem angesprochen werden. Ich denke wir müssen schauen, dass wir einen

Gemeindeammann haben, der gut ist, der Erfahrung mitbringt und dass diese Person anständig entlohnt wird. Diese CHF 7'000 Differenz sind sicher nicht massgebend, wenn man über eine Steuerfusserhöhung sprechen müsste, dies macht 0.04% aus. Ich finde es gut, wenn der Gemeindeammann ein gutes Salär erhält, es ist nicht ein zu hohes Salär. Ich empfehle dem Einwohnerrat den Antrag des Gemeinderates zu akzeptieren.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Ich möchte noch vier Bemerkungen machen. Es ist widersprüchlich Patrick, alle sind sich bewusst, dass die Aufgaben und Anforderungen steigen. Wie sich eine Pensenreduktion dann vereinbaren lassen sollte, ist mir nicht ganz klar.

Ich bin jetzt seit sieben Jahren im Grossen Rat und sehe immer mehr, die starke Verflechtung zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Einen grossen Anteil der Geschäfte welche im Grossen Rat diskutiert werden, betreffen direkt oder indirekt die Gemeinden. Es zeigt sich in der Arbeit der Gemeindeammännerversammlung, welcher grossen Einfluss ihre Arbeit auf die Geschäfte im Grossen Rat hat. Ich könnte Dir einige Beispiele nennen, wie durch die Vertreter der Gemeinden im Grossen Rat hohe Beiträge für die Gemeinden eingespart werden konnten.

Es besteht eine Lohnstruktur in der Gemeinde und wenn der Antrag der SP gutgeheissen würde, dann würde die Situation entstehen, dass Kadermitglieder mehr verdienen würden als der Gemeindeammann. Mir ist nicht klar, wie Du Theo Flückiger dies begründen würdest, dass der neue Gemeindeammann eine massive Lohnreduktion in Kauf nehmen muss.

**Theo Flückiger:** Dies ist keine Lohnreduktion.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Doch dies ist eine Lohnreduktion. Für den Gemeindeammann ist es klar eine Lohnreduktion.

**Theo Flückiger:** Dies ist der Stand, den wir Heute haben.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Nein, sicher nicht. Ausgangsbasis war CHF 157'000 und die Finanzkommission schlägt zumindest vor, dass die Teuerung ausgeglichen wird. Folglich, wenn er die CHF 157'000 bekommen würde, dann wäre es eine massive Lohnreduktion.

Keine weiteren Wortmeldungen.

**Bettina Lutz Güttler:** Bevor wir darüber abstimmen, mache ich darauf aufmerksam, dass es in der Gemeindeordnung eine Ausstandsbestimmung gibt. Es sind zwar noch keine Wahlen gewesen, aber es gibt einige Kandidierende. Ich bitte, dass die Kandidierenden für die Ämter des Gemeindeammanns und des Gemeinderates mit den anwesenden Familienangehörigen, in den Ausstand gehen.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Ich lasse zuerst über die verschiedenen Anträge im Koordinationsprinzip abstimmen. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus.

#### **Abstimmung Besoldung Gemeindeammann**

- |                                     |  |
|-------------------------------------|--|
| <b>Antrag Gemeinderat:</b>          | <b>Die Besoldung für den Gemeindeammann beträgt jährlich CHF 175'000.</b>                            |
| <b>Antrag der Finanzkommission:</b> | <b>Die Grundbesoldung für den Gemeindeammann beträgt jährlich brutto CHF 168'500.</b>                |
| <b>Antrag der SP/Grünen:</b>        | <b>Die Jahresbrutto-Besoldung des Gemeindeammanns wird nicht erhöht, sie bleibt bei CHF 157'000.</b> |

**Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:**

**Antrag Gemeinderat: 11 Stimmen**  
**Antrag Finanzkommission: 21 Stimmen**  
**Antrag SP/Grünen: 3 Stimmen**

**Der Antrag der SP/Grünen erhält am wenigsten Stimmen und scheidet aus.**

In einem zweiten Schritt stelle ich die beiden Anträge mit den meisten Stimmen einander gegenüber.

**Der Antrag des Gemeinderates wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Einwohnerrat hat dem Antrag der Finanzkommission über eine Besoldung von CHF 168'500 mit 23 zu 13 Stimmen zugestimmt.**

---

#### **Abstimmung Besoldung Gemeinderat**

**Antrag des Gemeinderates: Die Entschädigung für die Gemeinderäte beträgt CHF 140'000 (Sockelbeitrag für alle Gemeinderäte CHF 100'000, individuelle Verteilung auf die Gemeinderäte CHF 40'000)**

**Antrag der SP/Grünen: Die Gesamtlohnsumme des Gemeinderates wird auf CHF 158'000 erhöht. Als Sockelbeitrag sind CHF 120'000 vorgesehen.**

**Dem Antrag des Gemeinderates wird mehrheitlich zugestimmt.**

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

#### **6 2013.21 Neubau Familiengartenanlage Trottenacker; Kreditantrag über 231'000 Franken**

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Franziska Grab, Gemeinderätin:** Der Familiengartenverein führt schon seit längerer Zeit eine Warteliste. Nach der Aufhebung der Familiengartenanlagen im Gässliacker ist diese Liste rasant angestiegen. Dies ist der Grund, weshalb sich der Gemeinderat dazu entschlossen hat, den Bau einer weiteren Familiengartenanlage zu beantragen. Die neue Anlage wird dem jetzigen Familiengartenverein angegliedert. Aus diesem Grund wurden auf der neuen Anlage keine Toiletten geplant, weil diese auf der bestehenden Anlage vorhanden sind. In der Familiengartenanlage Gässliacker ist es nicht erlaubt gewesen einen Grill oder eine Pergola aufzustellen. Dies ist der Grund, weshalb sich der Gemeinderat auch entschlossen hat, bei der neuen Anlage dies so beizubehalten. Durch das die Gemeinde Obersiggenthal die innere Verdichtung anstrebt, wird es immer mehr Familien geben, die keine Möglichkeit mehr haben, in einem Garten selber Gemüse anzupflanzen. Gerade für Familien mit Kindern ist es vermehrt wichtig geworden, dass sie ihren Kindern zeigen können, wie ein Gemüse oder eine Frucht wächst. Für viele Familien gilt der Familiengarten auch als Erholung oder als Ausgleich zum Berufsleben. Wer einen Bürojob hat, ist ab und zu froh, wenn er am Abend im Garten abschalten kann. Im Augenblick warten rund 22 Familien auf einen Garten. Es sind 17 Familien aus Obersiggenthal und 5 Familien aus Untersiggenthal. Der jetzige Familiengartenverein hat rund 110 Mitglieder, davon sind gerade einmal drei Familien aus Untersiggenthal. Wir bitten Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

**Ursula Haag:** Einem Neubau Familiengartenanlage Trottenacker kann die SVP-Fraktion nicht zustimmen. In diesem Projekt handelt es sich ausdrücklich um ein „nice to have-Projekt“. Die ganze Anlage kostet 1 Steuerprozent und davon können maximal 31 Parteien profitieren. Auch scheinen uns folgende Punkte problematisch. Nach unserem Ermessen sind 12 Parkplätze sicher zu wenig, da ja untersagt ist, Schrebergartenhäuser aufzustellen. Somit müssen die Gartengeräte immer mitgenommen werden. Auch der Fussballplatz, der in der Mitte der Anlage erhalten werden soll, führt sicher zu Unmut bei den Pächtern. Die Investition ist viel zu teuer. Die Finanzlage der Gemeinde ist sehr angespannt und daher sind wir der Meinung, dass dieses Projekt im Moment zurückgestellt werden muss. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag des Gemeinderates ab.

**Peter Marten:** Die FDP-Fraktion kann die Vorlage zu den Familiengärten nicht überzeugen. Die ausgewiesenen Kosten von CHF 231'000 sind 50% höher als ursprünglich im Finanzplan vorgesehen. Die Kosten sind aus unserer Sicht zu hoch. Die FDP-Fraktion möchte eine deutlich reduzierte Vorlage. Der Blick auf die Vorlage führt zu vielen Fragen und Feststellungen. Die Honorare erscheinen uns für das eher einfache Projekt von Familiengärten eher am oberen Ende zu sein. Die Ausgestaltung durch die Anlage bietet Raum für Reduktionen. Eigenleistungen vom Familiengartenverein sind nicht thematisiert, ist dies bewusst so oder wurde es verpasst? Gemäss Vorlage richtet sich der Pachtzins an der Höhe des bestehenden Pachtzinses für die Anlage Rüti. Wie ist dies zu verstehen, ist hier die absolute Höhe gemeint? Wird der Preis auf die bestehende Fläche umgerechnet? Wird für die Berechnung des neuen Pachtzinses auch die Basis aus dem Jahr 2000 verwendet? Falls ja, was ist mit der Teuerung in dieser Zeit? Die FDP-Fraktion wird die Vorlage zurückweisen. Wir erwarten vom Gemeinderat eine allenfalls angepasste Version, in der Gestaltung und Antworten auf die verschiedenen Fragen klar dargelegt werden. Im Blick auf sämtliche Punkte stelle ich folgenden Rückweisungsantrag:

Das Geschäft wird an den Gemeinderat zu Überarbeitung zurückgewiesen. Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Vorlage zu überarbeiten. Die in der heutigen Einwohnerrats-Sitzung angesprochenen Punkte (wie Benutzung der gegenwärtigen Anlagen, Eigenleistungen des Familiengartenvereins, Einsparmöglichkeiten usw.) sind abzuklären und dem Rat in einer neuen Vorlage darzulegen und zu beantworten.

**Franziska Grab, Gemeinderätin:** Im Investitionsplan ist wirklich ein kleinerer Betrag enthalten als die CHF 231'000. Dies hat aber damit zu tun, dass die Gartenanlage nicht so gross geplant gewesen ist. Die Mehrkosten entstehen, da mehr Parzellen geplant werden als am Anfang angenommen. Es fanden Gespräche mit dem Landwirt statt, der das Land jetzt gepachtet hat. Für ihn wäre es sinnvoller, wenn der ganze Streifen in Familiengärten umgewandelt wird, damit es eine klare Abgrenzung gibt. Vom Preis her ist es so, dass es anteilmässig, von der bestehenden Anlage gerechnet wird. Die jetzigen Familiengärten haben 141 a was einen Pachtzins von CHF 3'400 ergibt. Die neuen Anlagen wären 41 a was einen Pachtzins von CHF 990 betragen würde zuzüglich Teuerung.

Es ist sehr schwer, die Eigenleistungen geltend zu machen. Die meisten Arbeiten, die gemacht werden müssen, können nicht durch Eigenleistung realisiert werden. Die Zäune müssen mit Spezialwerkzeugen montiert werden. Woher die Eigenleistungen des Familiengartenvereins kommen sollen, ist mir nicht ganz klar.

Bei den Erdbewegungen hat es damit zu tun, dass ein Teil des Familiengartens sehr schlechtes Erdreich hat. Diese Erde ist mit sehr grossen Steinen versehen. Es muss daher die alte Erde abgetragen und mit neuem Humus aufgefüllt werden. Dann bleiben noch die Strassen und Parkplätze. Bei den Parkplätzen wird es auch nicht möglich sein, dass Eigenleistungen gemacht werden können. Dann wäre höchstens noch der Weg, der von A nach B quer über den ganzen Platz führen würde. Dort könnte höchstens die Einkiesung in Eigenleistung gemacht werden. Daher wurde gar nicht in Betracht gezogen, beim Familiengartenverein Eigenleistungen einzuholen. Es sind nur ganz kleine Sachen, welche der Familiengartenverein übernehmen könnte. Die Einteilung der Parzelle übernimmt der Familiengartenverein.

Selbstverständlich ist es so, dass eine Werkzeugkiste oder Gartenkiste auf dieser Parzelle platziert werden darf. Die Gerätschaften müssen nicht von zu Hause mitgenommen werden. Ich denke auch nicht, dass es ein Problem mit diesen Parkplätzen geben sollte. Es sind ortsansässige Personen, welche mit dem Velo oder zu Fuss zum Garten gehen können. Bei den 110 Personen, welche bei der aktuellen Anlage sind, hat es auch nicht so viele Parkplätze. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es je ein Parkplatzproblem gegeben hat. Generell ist zu sagen, wenn die Anlage verkleinert wird, dann wird sie zwar günstiger. Die 14 Familiengärten, die es geben würde, kosten CHF 150'000. Wir sind dann zwar mit den Kosten tiefer, haben aber auch nur 14 Parzellen. Wenn ich dies umrechne, dann kostet eine Parzelle einfach ca. CHF 11'000 und wenn die ganze Fläche gemacht wird, dann kostet eine Parzelle CHF 7'000. Ich würde es schade finden, wenn die Familiengärten nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Verdichtung ist spürbar und es gibt immer mehr Personen, welche gerne einen Familiengarten hätten. In anderen Kantonen ist es Trend, dass auf Hausdächern Familiengärten eingerichtet werden.

**Erich Schmid:** Die CVP-Fraktion hat das Geschäft ebenfalls sehr intensiv diskutiert und ist mehrheitlich klar der Meinung, dass sich die Gemeinde Obersiggenthal diese Familiengärten nicht leisten kann. Es sind keine Toiletten geplant, wo gehen diese Personen hin? Ich weiss, es sind in der bestehenden Anlage WCs vorhanden. Wenn ich in der neuen Anlage einen Garten hätte, würde ich eher ins AWZ gehen, weil es näher ist. Dies würde aber sicher nicht auf grosse Beliebtheit stossen. In der Vorlage steht auch, dass die Anlage mit Toren eingezäunt werden soll und dass einen Durchgang entsteht für die AWZ-Bewohner. Kann dieser Durchgang mit einem Rollstuhl überhaupt genutzt werden? Werden die Tore am Abend geschlossen? Auf der anderen Seite muss man auch sehen, dass die Gartenanlagen zum Teil missbraucht werden. Deshalb braucht es ein Tor. Bei den 23 Interessenten würde uns interessieren, wissen diese, dass kein Gartenhaus und kein Grillplatz aufgestellt werden darf? Für viele bedeutet Freizeitgestaltung, 30 Minuten Gartenarbeit und dann anschliessend 2 Stunden beim Bier sitzen. Die auswärtigen Interessenten hast Du Franziska jetzt erwähnt, es wäre schön gewesen, wenn dies bereits in der Vorlage erwähnt worden wäre. Wann wird das Ganze umgesetzt? Es gibt 23 Interessenten und 31 Parzellen. Sind diese auch noch interessiert, wenn es heisst, ihr könnt eine Parzelle haben? Wird diese Anlage in Etappen umgesetzt oder wartet man, bis 31 Interessenten vorhanden sind? Finanzielle Aspekte: CHF 7'500 pro Parzelle ist sehr viel Geld für einen Garten. Ich persönlich habe von der Gemeinde keine Unterstützung erhalten für meinen Garten zu Hause. Die Eigenleistungen wurden aufgezeigt, dort bin ich ganz anderer Meinung. Eine Umzäunung kann erstellt werden, auch wenn man nicht vom Fach ist. Der Pachtzins ist ungefähr CHF 0.25/m<sup>2</sup> und pro Jahr. Ein Kollege von mir zahlt das Vierfache pro m<sup>2</sup> und Jahr. Unabhängig davon, wie viel der Pachtzins ist, die Investitionen amortisieren sich nie, das muss es auch nicht unbedingt. Aber der vorgeschlagene Zins, macht weniger als 0.5% der Investition aus. Entweder werden die Investitionen komplett abgeschrieben oder die Gemeinde zahlt jedes Jahr Zinsen für die Familiengärten. Ist eine reine Pacht sinnvoll, wenn keine Eigenleistungen gemacht werden? Warum wird nicht ein Einkaufsschein eingeführt? Leute, die einen Garten möchten, sollten auch bereit sein, eine Einkaufssumme zu zahlen. So könnten die Kosten stark reduziert werden. Aus unserer Sicht sind in dieser Vorlage noch einige Sachen offen in dieser Vorlage. Wir lehnen die Vorlage mehrheitlich ab. Auch wir haben über einen Rückweisungsantrag diskutiert, dabei hat die Mehrheit der CVP-Fraktion beschlossen, dass der Gemeinderat die Vorlage nochmals überarbeiten soll.

**Christian Keller:** Eigentlich möchte die Fraktion SP/Grünen dieser Vorlage vorbehaltlos zustimmen. Wenn ich höre, was für Argumente vorhanden sind und die ablehnende Haltung im Raum spüre, dann sind wir auch zum Schluss gekommen, dass es momentan der bessere Weg ist, die Vorlage zurückzuweisen. Grundsätzlich sind wir in der Beratung zum Schluss gekommen, dass die Familiengärten einem grossen Bedürfnis entsprechen. Von diesen Gärten können nur einzelne profitieren und nicht alle, aber es ist auch so, dass vom Schwimmbad nur ein Teil der Bevölkerung davon profitiert. Die neuen Gärten sind als Ersatz gedacht für die aufgehobenen Gärten im Gässliacker. Es geht nicht darum, das Angebot zu erweitern, sondern ein Ersatz zu schaffen. Wir finden, es ist kein Luxusprojekt, es braucht diese Infrastruktur in

einem Schrebergarten. Der Kredit wäre für uns angemessen. Wir haben absurde Sachen gehört, dass man lieber mehr Parkplätze und weniger Gärten hätte. Wir haben die Unterstellung gehört, dass die Familiengärten nicht mehr für die Bepflanzung von Gemüse gebraucht werden sondern zum Wurst essen und Bier trinken, darüber kann ich nur den Kopf schütteln. Ich war häufiger in den Gärten und es ist sympathisch, wenn die Personen im Garten am arbeiten sind. In der Fraktion wurde noch diskutiert, ob der Standort bei den Wohnüberbauungen noch der Richtige ist oder wäre es nicht besser gewesen, man hätte die Familiengärten zurückverschoben zum Tennisplatz in unmittelbarer Nähe der bereits bestehenden Anlage. Dies als Anregung, wenn es allenfalls darum geht, das Geschäft nochmals zu überarbeiten. In diesem Sinn würden wir vorschlagen, den Antrag der FDP zu unterstützen. Vielleicht noch ein letzter Hinweis an die CVP, mir ist zu Ohren gekommen, dass auch Max Läng seine Freizeit in den Familiengärten verbringt. Vielleicht gibt es dort Wurst und Bier für Fraktionsmitglieder.

**Patrick Hehli:** Ich möchte hier noch ein Dementi machen. Dein Vergleich Christian mit Schwimmbad und Sporthalle der geht definitiv nicht auf. Das Schwimmbad und die Sporthalle werden definitiv von mehr als nur 31 Benutzern genützt, zusätzlich ist auch die Schule darin vertreten, die im Bereich Turnen und Sport einen Ausbildungsauftrag hat. Zu den Parkplätzen: Ich bewege mich viel beruflich und privat in der Natur und gehe viel ins Feld. In der bestehenden Gartenanlage hat es definitiv mehr Autos als Velos. Ihr habt es aufgezo-gen, dass man den Kindern zeigen soll, wo die Karotten und Kartoffeln wachsen, meine Kartoffeln haben keinen Platz im Velokorb. Bei schönem Wetter ist der ganze Parkplatz voll mit Autos, sogar die Strasse wird am Rand genutzt zum Abstellen der Autos. Ich persönlich werde ebenfalls dem Antrag der FDP zustimmen, dass das Geschäft zurückgewiesen wird. Dann kann das Geschäft überarbeitet werden. Ich finde es gut, wenn Familiengärten entstehen, aber das Projekt muss nochmals überdacht werden.

**Erich Schmid:** Ich wollte niemandem zu Nahe treten, dass man in diesen Gärten nur ist um ein Bier zu trinken. Es wird als Freizeitgestaltungsort genutzt und ist daher ein Bestandteil.

**Christian Keller:** Es ist ja in der neuen Anlage auch vorgesehen, dass weiterhin keine Gartenhäuser aufgestellt werden dürfen. Aus meiner Sicht, hat das Bier trinken und grillieren als Freizeitbeschäftigung ebenfalls seine Berechtigung. Ich finde es eine gute Sache, wenn die Einwohner in den Gärten ihre Freizeit verbringen.

**Dieter Martin:** Wenn wir von verdichtetem Bauen sprechen, dann sind Liegenschaften gemeint, die keine Terrasse haben. Diese Familien suchen den Ausgleich in einem Garten. Dann geht es aber nicht nur darum, Pflanzen und Gemüse anzupflanzen. Dann möchten diese Personen doch auch einfach einmal im Garten sitzen können und einmal einen Grillabend machen. Unter diesen Umständen wäre der Standort hier auch zu überlegen. Die Anwohner der benachbarten Liegenschaften sind gar nicht glücklich, wenn in den Schrebergärten noch gefeuert würde. Ich rege den Gemeinderat an, dass dies ebenfalls überdacht werden sollte, wenn der Antrag zurückgewiesen werden sollte.

—  
Keine weiteren Wortmeldungen.  
—

### **Abstimmung**

**Rückweisungsantrag der FDP: Das Geschäft wird an den Gemeinderat zur Überarbeitung zurückgewiesen. Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.**

**7      2010.32      Waldeggweg, Nussbaumen: Werkleitungssanierung Wasserversorgung und Kanalisation**

- 2008.114    Kreditantrag zur Erweiterung des Alterswohncentrums Gässliacker Nussbaumen**  
**2011.24    Ersatz Folie Schwimmbecken Gartenbad / Kreditvorlage**

Eintreten wird nicht bestritten.

---

**Bettina Lutz Güttler:** Max Läng verzichtet vorläufig auf eine Stellungnahme.

**Linus Egger:** Es steht im Bericht der Finanzkommission, dass Submissionen beim Kanton nicht zurückgefordert wurden. Dies ist aus Termingründen verpasst worden. Wir von der Finanzkommission werden diesen Prozess anschauen und den Einwohnerrat darüber orientieren, wenn es Handlungsbedarf geben sollte.

---

Keine weiteren Wortmeldungen.

---

### **Abstimmung**

**Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung für die Werkleitungssanierung Wasserversorgung und Kanalisation, Nussbaumen, über brutto CHF 224'895.44 wird genehmigt.**

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

**Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung für den Beitrag an das Altersheim Gässliacker in der Höhe von CHF 5 Mio. wird genehmigt.**

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

**Antrag des Gemeinderates: Die Kreditabrechnung für die Beckenauskleidung (Folie) im Schwimmerbecken in der Höhe von CHF 280'347.45 wird genehmigt.**

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

### **8        2013.22    Umfrage**

**Linus Egger:** Ich möchte nochmals zum Umbau und Sanierung Schwimmbad zurückkommen. Wir haben heute Abend gehört, dass Mehrkosten von CHF 125'000 oder 60% entstehen können. Hier herrscht noch ein Erklärungsbedarf. An der letzten Einwohnerratssitzung haben die Fraktionssprecher der CVP und FDP darauf hingewiesen, dass eine relativ schlechte Vorlage präsentiert wurde. Die heute erhaltenen Erklärungen reichen mir als Finanzkommissionspräsident nicht aus. Darum habe ich folgende Fragen: Warum ist das Projekt nicht von Anfang an über die Baukommission Schwimmbad oder durch die Bauverwaltung abgewickelt worden? Ich rufe in Erinnerung, wir haben eine separate Baukommission im Schwimmbad. Diese wurde nach meinem Wissensstand nicht von Anfang involviert. Welche Vereinbarung wurde mit

dem Bauleiter abgeschlossen? Die Kosten für geplante oder nicht geplante Arbeiten werden viel teurer. Wer hat die Kosten während der Sanierung überwacht?

**Franziska Grab, Gemeinderätin:** Auf die Frage, warum dieses Projekt so abgewickelt wurde, kann ich wie folgt Stellung nehmen: Als die grosse Sanierung geplant wurde, ging niemand davon aus, dass das Hallenbad so lange geschlossen werden muss. Wir sind immer davon ausgegangen, dass die Schliessung zwei Monate dauert. Als aber feststand, dass das Hallenbad vier Monate schliessen muss, hat der Betriebsleiter dem Genossenschaftsvorstand beantragt, die Sauna welche 40 Jahre alt ist, ebenfalls zu sanieren. Durch den Termindruck, haben wir uns verleiten lassen, das ganze Projekt durch den Vorstand vorbereiten zu lassen. Im Nachhinein müssen wir sagen, dies war ein Fehler und dies wird es auch nie mehr geben. In Zukunft gilt, dass Ideen der Baukommission vorgetragen werden können und dass dann die Baukommission diese Ideen auszuarbeiten hat. So kann in Zukunft verhindert werden, dass solche Überraschungen entstehen.

Eine Vereinbarung mit dem Bauleiter hat es nicht gegeben. Alle gingen davon aus, es sei nur eine kleine Sanierung der Sauna. Die Schwimmbadkommission ist davon ausgegangen, dass der Betriebsleiter zusammen mit einem Vorstandsmitglied diese Sanierungsleitung ausführen kann. Irgendwann war aber keine Kontrolle der Baustelle mehr vorhanden. Als der Gemeinderat dies erfahren hat, beschloss er, dass ein Bauleiter die Sanierung übernehmen muss.

Die Kostenüberwachung hat zu Beginn durch den Betriebsleiter stattgefunden. Jetzt liegt die Kostenüberwachung beim Bauleiter.

Die Betriebsleitung des Schwimmbades musste den Gemeinderat immer über den aktuellen Stand der Arbeiten informieren, dies wurde auch gemacht. Der Gemeinderat hat dazwischen immer wieder Entscheidungen getroffen, wie es weiter geht.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Wir haben im Gemeinderat am letzten Montag diese Situation diskutiert, welche für uns völlig unbefriedigend ist. Wir haben zu diesem Zweck auch den Präsident der Genossenschaft eingeladen. Wir haben die Situation diskutiert und mussten feststellen, dass die Genossenschaft und der Präsident mit dieser Situation überfordert waren. Es wurde beschlossen, dass die Strukturen der Genossenschaft von einer externen Stelle überprüft werden. Die Abläufe und die Arbeitsweise der Genossenschaft werden angeschaut und sollten anschliessend neu definiert werden.

**Patrick Hehli:** Ich möchte es nicht unterlassen, dem Gemeinderat ein Kränzlein zu winden für die gelungene 1. August-Feier auf dem Gemeindeplatz. Es ist bei der Bevölkerung gut angekommen, dass die Feier nicht mehr in der Höhe sondern auf dem Gemeindeplatz ausgerichtet wurde. Es wäre zu begrüssen, wenn auch weitere Anlässe vermehrt auf dem Gemeindeplatz stattfinden würden. Im Zusammenhang mit dem 1. August habe ich aber auch ein ABER. Ich habe mich wieder einmal mehr gefragt, ob Kirchdorf noch zur Gemeinde Obersiggenthal gehört. Wir Kirchdorfer müssen für den Bus mehr bezahlen, das ist eine alte Geschichte. Was mir aber weiter aufgefallen ist, ist die Beflaggung der Gemeinde Obersiggenthal. Sie hört genau bei der Grenze zu Kirchdorf auf. In Kirchdorf ist am Nationalfeiertag keine einzige Fahne gehangen am 1. August. Ich frage nach der Begründung.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Es gibt einen einfachen Grund, wir haben die Fahnen konzentriert in Nussbaumen eingesetzt. Wenn Du Patrick an einer nächsten Einwohnerratssitzung einen Antrag stellst, zusätzlich 50 Fahnen zu beschaffen, dann hat der Einwohnerrat die Möglichkeit dies zu bewilligen. Dann hätten auch die Kirchdorfer Flaggen.

**Patrick Hehli:** Als Ersatz für die Fahnen im Kreisel, dann haben wir das Geld wieder eingespart.

**Eugen Paul Frunz:** Die 1. August-Feier auf dem Gemeindeplatz war wirklich super. Als Mitorganisator hatten wir einzig das Problem mit der Beschattung. Ist die Idee im Gemeinderat schon besprochen worden, dass z. B. mit Sonnensegeln etwas gemacht werden könnte?

Wir haben heute bereits über die Gemeindeordnung gesprochen, diejenige auf der Homepage, ist diese aktuell? Dann müsste dort noch eine Anpassung vorgenommen werden. Im §16 Abs. 2 steht: „Die Wahl des Einwohnerrates erfolgt nach den Gesamterneuerungswahlen des Gemeinderates“. Dies ist nicht mehr aktuell und sollte angepasst werden.

**Max Läng, Gemeindeammann:** Betreffend der Beschattung, dort gab es offenbar ein Kommunikationsproblem. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Verein Fest der Nationen Zelte hat, die genutzt werden könnten. Die Sonnensegel sind sehr teuer und in der Montage aufwendig. Wenn schon etwas vorhanden ist, dann sollte dies genutzt werden.

**Eugen Paul Frunz:** Wenn die Hintersten bis auf die Bühne sehen sollten, dann ist es mit diesen Zelten nicht optimal.

**Silvia Dingwall Stucki:** Es hat mich sehr gefreut, wie gut der Tag der offenen Tür im Tagesstrukturprovisorium besucht wurde. Dies sogar von Parteimitgliedern, die sich lange gegen diese Tagesstrukturen gewehrt haben. Meine Frage, was hat man für Erfahrungen mit dem Provisorium bis jetzt gemacht? Ist es denkbar, dass eine Auslastung in diesen Räumlichkeiten von mehr als 60% möglich ist?

**Therese Schneider, Gemeinderätin:** Betreffend den Erfahrungen, müsste man die Kinder und Eltern fragen. Die Rückmeldungen sind sehr positiv. Zu Beginn mussten noch Teppiche angeschafft werden, weil es mit 33 Kindern im Haus hallt. Die Auslastung liegt bei 60%, das heisst, es hat weiterhin noch Platz für zusätzliche Kinder. Dienstag und Donnerstag ist der Mittagstisch voll, dort können keine Kinder mehr aufgenommen werden. Es gibt einzelne Module, wo noch Kinder aufgenommen werden könnten.

**Bettina Lutz Güttler:** Es ist für mich als Präsidentin des Einwohnerrates das erste Mal, dass ich alle Mitglieder des Einwohnerrates begrüßen durfte. Ich finde dies sehr erfreulich. Wenn keine weiteren Fragen mehr sind, schliesse ich die Einwohnerratsitzung. Der Treffpunkt nach der Sitzung ist das Restaurant Haldengut.

Die Präsidentin:

Bettina Lutz Güttler

Die Protokollführerin:

Romana Giandico-Hächler